

KUNSTSTOFFRECYCLING – SIND WIR AUF

► Standpunkt 1

Der Green Deal der Europäischen Union, der Circular Economy Action Plan innerhalb dieses Green Deals, der Abschnitt zum Thema Kreislaufwirtschaft im Koalitionsvertrag der deutschen Regierung, die Einführung einer Kunststoffsteuer in Großbritannien oder die beschlossene Einführung eines Pfandsystems in Österreich – all das und noch viele weitere Entwicklungen sind Belege dafür, dass wir uns in einer Zeit des Aufbruchs und des Wandels hin zu einer modernen und globalen Kreislaufwirtschaft befinden. Nie zuvor hat es für dieses essenzielle Thema eine so große Aufmerksamkeit in der gesellschaftlichen, medialen und auch politischen Öffentlichkeit gegeben. Die Brisanz der Ressourcenknappheit wird immer präsenter, und wir beginnen zu erkennen, dass zirkuläre Ansätze zu den wichtigsten Schlüsseln bei der Bewältigung dieser Bedrohung zählen.

Kunststoffrecycling ist ein solcher Lösungsansatz, der gleich mehreren Herausforderungen begegnet. Die Sammlung, Sortierung und Verwertung von Kunststoffabfällen verhindern, dass diese Abfälle in der Natur enden und damit die Umwelt belasten. Die aus der Verwertung gewonnenen Rohstoffe können im Kreislauf gehalten und für die Herstellung neuer Produkte oder Verpackungen verwendet werden – so werden natürliche Ressourcen geschont. Durch die Wiederaufbereitung eines Wertstoffs sparen wir im Verhältnis zur Neuerzeugung erheblich an Energie ein. Und auch auf die Klimabilanz wirkt sich hochwertiges Recycling positiv aus und hilft dabei, tonnenweise klimaschädliche Treibhausgase einzusparen.

Kunststoffrecycling ist – nach der Vermeidung von vermeidbaren Abfällen und der bestmöglichen Wiederverwendung gebrauchter Produkte – nachgewiesenermaßen ein unverzichtbares Werkzeug in einer modernen Kreislaufwirtschaft. Die eingangs erläuterten Entwicklungen zeigen,

dass wir uns in Deutschland und auf EU-Ebene derzeit auf dem richtigen Weg befinden, dieses Werkzeug optimal einzusetzen. Allerdings haben wir auch noch ein gutes Stück dieses Weges zu gehen. Wir wollen und müssen noch besser werden. Indem die Industrie dazu angehalten wird, Produkte und Verpackungen recyclingfähiger zu gestalten. Indem Verbraucherinnen und Verbraucher motiviert werden, sowohl während des Gebrauchs als auch bei der Entsorgung verantwortungsvoll mit Ressourcen umzugehen. Indem wir weiter investieren, um die Sortierungs- und Recyclingtechnologie so effizient wie möglich zu gestalten. Und indem illegale Geschäfte mit Abfällen noch konsequenter verfolgt und unterbunden werden.

„Ich bin überzeugt davon, dass wir als Branche in die richtige Richtung arbeiten.“

Ich bin überzeugt davon, dass wir als Branche in die richtige Richtung arbeiten und bereits heute einen wichtigen Beitrag leisten, der in Zukunft immer größer werden wird. Um unsere Ziele zu erreichen und den richtigen Weg, auf dem wir uns befinden, bis zum Ende zu gehen, müssen wir aber alle gemeinsam an einem Strang ziehen. ↩



DR. FRITZ FLANDERKA

ist seit 2005 Geschäftsführer der Reclay Group. Der Jurist hat zuvor in seiner Tätigkeit als Generalbevollmächtigter von Der Grüne Punkt – Duales System Deutschland und als Geschäftsführer von PRO Europe am Aufbau des dualen Systems in Deutschland und der europäischen Dachorganisation entscheidend mitgewirkt.

DEM RICHTIGEN WEG?

► Standpunkt 2

Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) werden heute global 460 Millionen t Kunststoff jährlich produziert. 2050 werden es voraussichtlich 1,6 Milliarden t sein. Die CO₂-Emissionen aus der Herstellung, dem Recycling und der thermischen Verwertung von Kunststoffen werden von IPEN auf kumuliert inakzeptable 56 Gt CO₂ zwischen 2020 und 2050 geschätzt.

Der Anteil kurzlebiger Verpackungskunststoffe an den gesamten Kunststoffabfällen beträgt in der EU circa 60 %. In großen Teilen der EU gelangen sie wegen unzureichender Sammlungssysteme häufig unkontrolliert in die Umwelt. Der globale Handel verteilt diese Produkte in Empfängerländer, die nicht über die erforderliche Entsorgungsinfrastruktur verfügen. Verbreitete illegale Verbringung von Verpackungskunststoffabfällen verschmutzt zusätzlich die Umwelt. Geschätzte 10 Millionen t Kunststoffabfälle, vor allem Verpackungen, gelangen jährlich in die Weltmeere.

Die EU setzt seit 2013 verstärkt auf das Recycling als Kern einer sogenannten Kreislaufwirtschaft. Die SUP-Richtlinie (Single Use Plastics Directive) definiert Mindestrezyklatanteile in bestimmten Produkten. Die Verpackungsrichtlinie definiert anspruchsvolle Recyclingquoten für Verpackungskunststoffe. Eine ganze Reihe derzeit in Bearbeitung befindlicher EU-Rechtsinstrumente wird diesen Trend verstärkt fortsetzen, um langfristig die Recyclingquoten zu erhöhen.

Zu einer effektiven Problemlösung wird all dies wenig beitragen, denn das Recycling-Narrativ ist an sich irreführend. Es baut auf dem Abfallbegriff auf und nährt vor allem die Illusion, eine entgrenzte Überproduktion von Kunststoffen sei unbedenklich. Indessen sind weder getrennte Sammlung noch sorgsame Aufbereitung von Kunststoffabfällen als unabdingbare Voraussetzung in weiten Teilen der EU auf absehbare Zeit flächendeckend verwirklicht oder zu verwirklichen.

Doch selbst wenn Kunststoffverpackungsabfälle überall getrennt gesammelt, aufbereitet und recycelt werden wür-

den, wären die damit verbundenen CO₂-Emissionen deutlich zu hoch, insbesondere, wenn das Rezyklat nicht Neuware substituiert, sondern lediglich zu der um 4 % stetig wachsenden Kunststoffmenge hinzukommt.

„Wer glaubt, der Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft führe vor allem über das Recycling, der irrt.“

Wir sind auf dem falschen Weg. Wer glaubt, der Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft führe vor allem über das Recycling, der irrt. Das Gebot der Stunde ist eine weitaus geringere und selektivere Produktion von Kunststoffen bei gleichzeitig gesteigertem Recycling. Anstatt in erster Linie auf Recycling zu setzen, müsste eine radikale Produktpolitik jetzt den Übergang von einer Verbrauchsökonomie zu einer Gebrauchsökonomie gestalten und damit vor allem die Abfallvermeidung fördern. Hierzu bedürfte es weit schärferer gesetzgeberischer Eingriffe und einer rigorosen Rechtsdurchsetzung. Vor allem Einmalkunststoffe hätten dann nur noch dort Raum, wo ihr Gebrauch wirklich essenziell ist, was selten der Fall sein dürfte. Die derzeitige Produktverantwortung für Abfall wäre konsequent zu einer Produktverantwortung für Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln. ↩



PROF. DR. JUR. HELMUT MAURER

ist seit Juli 2022 im Ruhestand, nachdem er als juristischer Hauptverwaltungsrat „Senior Expert“ in der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission zuletzt zuständig war für den Bereich Chemikalien und Kreislaufwirtschaft. Er trat 2002 in die Kommission ein, zuvor war er langjährig als Anwalt und Hochschullehrer tätig.